

HESSEN

2030

**HIER WIRD
ZUKUNFT
GEMACHT**

SPD Fraktion
im Hessischen
Landtag

„Die Zurückhaltung der hessischen Landesregierung. Bei einigen Themen bedarf es einfach der Entscheidung des Landes oder eines Machtworts. Nicht alles kann man den Kommunen, den Eltern, den Krankenhäusern oder wem auch immer überlassen.“

**ZITAT AUS DER ONLINE-BEFRAGUNG
DER DIALOGREIHE**

Auf die Frage: „Welche Dinge haben Sie in letzter Zeit gestört,
was sollte in Hessen besser funktionieren?“

HESSEN

2030

**HIER WIRD
ZUKUNFT
GEMACHT**



07

VORWORT

09

THEMENBLOCK 1:
**Die Wirtschafts- und Arbeits-
welt von morgen**

13

THEMENBLOCK 2:
**Familienland
Hessen**

19

THEMENBLOCK 3:
**Staatliche Krisenbewältigung
und Widerstandsfähigkeit
verbessern**



SPD Fraktion
im Hessischen
Landtag

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

wir als SPD-Fraktion im Hessischen Landtag haben uns im vergangenen Herbst aufgemacht, mit Vertreterinnen und Vertretern der hessischen Verbände und der hessischen Zivilgesellschaft in einem strukturierten Dialog die wichtigsten gesellschaftlichen und politischen Herausforderungen und Chancen der aktuellen Dekade zu erörtern. Dabei war uns ein allseitiger Austausch auf Augenhöhe wichtig. Wir wollten zuhören, Ideen aufnehmen, Impulse geben, unsere Konzepte für ein modernes und zukunftssicheres Hessen zur Diskussion stellen und schließlich einen mit den Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Dialogreihe gemeinsam erarbeiteten Zukunftsplan für unser Land vorlegen, der Orientierung gibt hinsichtlich der notwendigen Weichenstellungen in Richtung einer erfolgreichen Zukunftssicherung.

Es freut mich, dass Sie diesen Zukunftsplan heute in Ihren Händen halten. Im Namen der gesamten Fraktion möchte ich mich zunächst bei allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern unserer Dialogreihe für die zahlreichen Gespräche, spannenden Diskussionen und vielen wertvollen Anregungen bedanken, die an verschiedenen Stellen Eingang in unseren Zukunftsplan „Hessen 2030“ gefunden haben. Gemeinsam haben wir die wichtigsten Herausforderungen dieser Dekade entlang der drei Themencluster (1) Die Wirtschafts- und Arbeitswelt von morgen, (2) Familienland Hessen und (3) Staatliche Krisenbewältigung und Widerstandsfähigkeit verbessern erörtert und eine gemeinsame Standortbestimmung vorgenommen. Das fertige Dokument ist dabei nicht als abschließendes politisches Programm zu betrachten, sondern definiert vielmehr Ausgangs- und Zielpunkte für die hessische Landespolitik und wird uns als SPD-Fraktion in den kommenden Jahren als Richtschnur für unsere parlamentarischen Arbeit dienen.



Mit unserem Zukunftsplan knüpfen wir an eine gute sozialdemokratische Tradition an. Der langjährige SPD-Ministerpräsident Georg-August Zinn beschleunigte in den 1950er und 1960er Jahren mit seinen legendären Hessenplänen den Wiederaufbau unseres Bundeslandes nach dem Zweiten Weltkrieg, stärkte den Zusammenhalt in der Bevölkerung und verhalf Hessen zu wirtschaftlichem Aufschwung. Heute sieht sich unser Land mit einer Vielzahl ähnlich großer Herausforderungen konfrontiert und braucht Antworten auf die neue Zeit. Der vorliegende Zukunftsplan der SPD-Fraktion im Hessischen Landtag liefert diese Antworten, indem er konkrete Ideen und Maßnahmen benennt, um unser Land erneut zukunftsfest zu machen. Damit setzen wir einen Kontrapunkt zur amtierenden Landesregierung. Die CDU ist nach 25 Jahren an der Regierung spürbar ermattet und auch die seit nunmehr schon zehn Jahren mitregierenden Bündnis 90/Die Grünen haben es nicht vermocht, die überfälligen Schritte in Richtung der wirtschaftlichen Modernisierung und sozial-ökologischen Erneuerung unseres Landes einzuleiten.

In diesem Sinne: Lassen sie uns ein neues Kapitel für Hessens Zukunft aufschlagen und die richtigen Weichen für unser Heimatland stellen!

Ihr Günter Rudolph
Fraktionsvorsitzender

THEMENBLOCK 1

DIE WIRTSCHAFTS- UND ARBEITSWELT VON MORGEN



AUF EINEN BLICK

Wir als SPD-Landtagsfraktion planen, in der nächsten Legislaturperiode folgendes für eine zukunftsfeste Wirtschaft sowie eine soziale und moderne Arbeitswelt umzusetzen:

- 1** Einen wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischen Leitgedanken verankern, der gute Arbeit und eine starke Wirtschaft als zwei Seiten der gleichen Medaille versteht.
- 2** Einen Transformationsfonds auflegen.
- 3** Eine Gesamtstrategie gegen den Fachkräfte- und Arbeitskräftemangel erarbeiten und umsetzen.
- 4** Die Berufliche Bildung und Berufsorientierung stärken.



IM EINZELNEN

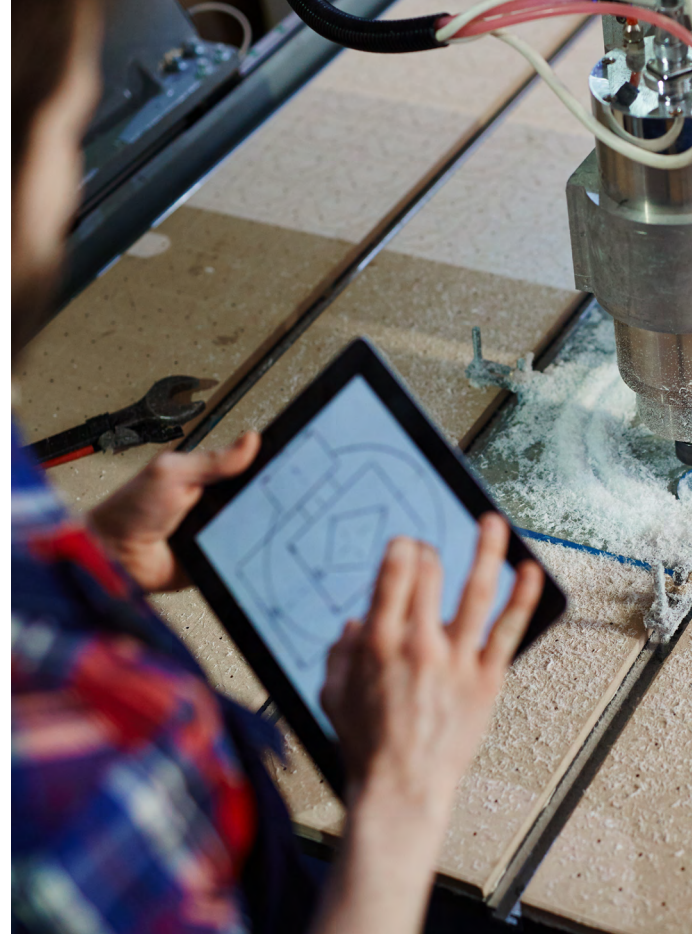
Die kommenden zehn Jahre werden darüber entscheiden, ob die Transformation, also die Veränderung der Wirtschafts- und Arbeitswelt, sozialverträglich und zum Nutzen aller gelingt, oder ob die unabweisbaren Veränderungen die Wertschöpfung, die Arbeitsplätze und damit auch den Wohlstand in Hessen in Gefahr bringen.

Hier sind aus unserer Sicht drei große Themen entscheidend, um unsere Wirtschaft zukunftsfest zu machen: Erstens die Digitalisierung, allen voran die Schaffung einer angemessenen digitalen Infrastruktur. Zweitens die Dekarbonisierung, um die Weichen hin zu einer klimaneutralen Wirtschaft zu stellen. Dies gelingt durch Investitionen in Klimaschutz, klimafreundliche Mobilität und Erneuerbare Energien. Es geht dabei um Nachhaltigkeit, soziale Verträglichkeit und Generationengerechtigkeit. Und drittens der demographische Wandel – die Babyboomer gehen in Rente und die Zahl der Menschen im Erwerbsalter schrumpft. Eine Zuspitzung des Mangels an Arbeitskräften zeichnet sich in den nächsten Jahren ab, die Auswirkungen sind bereits jetzt spürbar: Allein im Rhein-Main-Gebiet fehlen bereits jetzt schätzungsweise 132.000 Fachkräfte.



Gute Arbeit und starke Wirtschaft

Vor dem Hintergrund dieser drei entscheidenden Handlungsfelder wollen wir als SPD-Fraktion diese Dekade dafür nutzen, der hessischen Wirtschafts- und Arbeitspolitik neben einer nachhaltigen Balance zwischen Ökonomie und Ökologie in gleichem Maße gute Arbeit als Kernorientierung an die Hand zu geben. Demnach gehören eine starke Wirtschaft und gute Arbeit für uns zusammengedacht: Dazu wollen wir Sozialpartnerschaft, Mitbestimmung und Teilhabe sowie tarifvertragliche Entlohnung als Elemente guter Arbeit stärken.



Transformationsfonds

Für moderne Arbeitsplätze und eine gesunde, zukunftsste Wirtschaft braucht es endlich mehr Aktivität durch die Landesregierung. Wer die Herausforderungen, vor denen der Industrie- und Wirtschaftsstandorts Hessen steht, ernsthaft meistern will, muss auch entsprechend gestalten und investieren. Unser Vorschlag ist daher, einen Transformationsfonds aufzulegen, um den skizzierten massiven Herausforderungen angemessen zu begegnen. Der Transformationsprozess kann aus unserer Sicht dabei nur gelingen, wenn die betroffenen Akteure aus der Wirtschaft, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie ihre gewerkschaftliche Vertretung Hand in Hand mit der Politik gestalten können – die SPD-Landtagsfraktion versteht sich als dauerhafter Partner auf Augenhöhe, wenn es um die Gestaltung der Wirtschafts- und Arbeitswelt geht.

„Notwendig ist eine Neubetrachtung des Fachkräftemangels [...]“

ZITAT AUS DER ONLINE-BEFRAGUNG DER DIALOGREIHE

Auf die Frage: „Welche Dinge haben Sie in letzter Zeit gestört, was sollte in Hessen besser funktionieren?“



Fach- und Arbeitskräftemangel

Die Planlosigkeit der aktuellen Landesregierung von CDU und Grünen im Umgang mit dem Fach- und Arbeitskräftemangel in Hessen offenbart, dass es eine ganzheitliche Strategie braucht, diesen akuten Mangel abzufedern und mehr Fach- und Arbeitskräfte zu gewinnen. Diese Strategie muss aus unserer Sicht auf mehrere Säulen gestellt werden:

Zunächst einmal plädieren wir für einen Paradigmenwechsel und werben für die Gleichwertigkeit der beruflichen und akademischen Bildung. Konkret setzen wir uns daher in der kommenden Wahlperiode dafür ein, die Ausbildungsberufe massiv zu stärken. Dies gelingt beispielsweise dadurch, dass die Berufsorientierung in den Schulen früher ansetzt, dass sie gestärkt wird und in allen Schulformen stattfindet. Die Berufsorientierung muss zudem vermehrt auch von Personen vermittelt werden, die berufliche Bildung selbst aus der Praxis kennen.

Des Weiteren wollen wir gerade auch die Berufsschulstandorte gemeinsam mit den relevanten Akteuren aus der Praxis gezielt stärken. Der Beitrag dieser Schulform für die Fachkräfteentwicklung wird immer noch unterschätzt. Hier müssen die Ausbildungsstandorte an Berufsschulen gerade im ländlichen Raum erhalten und besser ausgestattet werden. Aber auch digitale Angebote müssen mitgedacht werden.

Im Kampf gegen den Fachkräftemangel und um Betrieben eine Perspektive im Wandel zu bieten, fordern wir zudem seit geraumer Zeit kostenfreie Meister*innen-, Fachwirt*innen- und Techniker*innenprüfungen. Die Nachfrage ist da, die finanziellen und bürokratischen Hürden sind allerdings zu hoch. Je nach Branche kostet die Meisterausbildung zwischen 2.000 und 16.000 Euro, zuzüglich der Prüfungsgebühren. Das ist ein zu großes Hemmnis und auch unter dem Aspekt der Bildungsgerechtigkeit nicht akzeptabel. Das wollen wir als SPD-Fraktion in der kommenden Legislaturperiode durch einen kostenfreien Meisterbrief ändern. Zudem müssen

die Ausbildungsbedingungen und -finanzierung, auch für die vollschulische Ausbildung, in bestimmten Branchen wie bei den Pflegeberufen oder bei Erzieherinnen und Erziehern endlich angepasst werden.

In einer verbesserten Arbeitsmarktintegration bisher ungenutzter Potentiale sowie einer gezielten Zuwanderung aus dem Ausland sehen wir weitere Bausteine der Gesamtstrategie, um den Fach- und Arbeitskräftemangel abzufedern. Um Deutschlands und Hessen Wohlstand zu sichern, brauchen wir die verstärkte Zuwanderung von qualifizierten Fachkräften. Dafür sind ein modernes Staatsangehörigkeitsrecht sowie vereinfachte Anerkennungsverfahren von Berufsabschlüssen notwendig. An dieser Stelle begrüßen wir die Pläne der Bundesregierung. Diese müssen aber von landespolitischen Maßnahmen flankiert werden, um eine echte Willkommenskultur zu schaffen. Hierzu hätte das erste Teilhabe- und Integrationsgesetz der aktuellen Landesregierung eine hervorragende Möglichkeit geboten, die aber leider nicht genutzt wurde. Unsere Vorschläge haben wir bereits in einem Änderungsantrag eingebracht und werden unsere Forderungen in den nächsten Jahren weiter forcieren. Zudem wollen wir die Ausländerbehörden weiterentwickeln und personell stärken.

Durch den Wandel der Arbeitswelt und die damit verbundene Digitalisierung verändern sich auch die Produktionsprozesse: Alte fallen Jobs weg und neue entstehen – um Zukunftsängste der Beschäftigten auszuräumen, werden wir weiter Qualifizierungsangebote und entsprechende Rahmenbedingungen für ein lebenslanges Lernen stärken.

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sorgt unter anderem dafür, dass mehr Menschen auch in Vollzeit arbeiten können und bleibt daher ein Hauptanliegen der SPD-Landtagsfraktion im Kampf gegen den Fach- und Arbeitskräftemangel. Entsprechende Maßnahmen hierzu sind im Themenblock 2 „Familienland Hessen“ auf den nachfolgenden Seiten aufgelistet.

THEMENBLOCK 2

FAMILIENLAND HESSEN



AUF EINEN BLICK

Wir als SPD-Landtagsfraktion planen, in der nächsten Legislaturperiode folgendes für ein Familienland Hessen umzusetzen:

- 1** Kostenfreie Bildung von der Kita bis zum Meister bzw. Master und eine spürbare Verbesserung der Arbeitsbedingungen in Kitas und an Schulen erreichen.
- 2** Den vollständigen Rechtsanspruch auf ganztägige Bildung und Betreuung an Grundschulen ab 2026 umsetzen.
- 3** Eine Mobilitätsgarantie für alle Hessinnen und Hessen schaffen, sodass innerhalb von 60 Minuten mit dem ÖPNV ein Angebot in das nächste Mittelzentrum garantiert wird.
- 4** Mehr bezahlbaren Wohnraum durch die Ausweitung der öffentlichen Wohnraumförderung, Eindämmung von Immobilienspekulation und Förderung des nicht profitorientierten Wohnungsbaus schaffen.



IM EINZELNEN

Familien stehen im Zentrum unserer Gesellschaft. Wir wollen gute Rahmenbedingungen für Familien in allen Lebenslagen und -abschnitten schaffen. Eine der dringlichsten Aufgaben moderner Familienpolitik besteht darin, Familie und Beruf zu vereinbaren. Aus diesem Grund braucht es mehr echte Ganztagschulen und Kitas. Hessenweit fehlen aktuell ca. 37.000 Kita-Plätze mit steigender Tendenz. Ein Missstand, der schleunigst behoben werden muss. Alle Kinder in Hessen müssen endlich gleiche Bildungschancen erhalten, unabhängig von ihrer Herkunft und dem Einkommen der Eltern. Zudem müssen auf dem Weg zu einem echten Familienland Hessen die Themen Mobilität und Wohnen stärker in den Fokus des politischen Handelns genommen werden.



Kostenfreie Bildung und Verbesserung der Arbeitsbedingungen in Kitas und an Schulen

Bildungschancen und -erfolge von Kindern sind nach wie vor vom Einkommen und der Herkunft der Familien abhängig. Um echte Chancengleichheit zu erreichen, muss aus unserer Sicht Bildung von der Kita bis zum Meister oder Master für alle kostenfrei sein. Dies wollen wir in der kommenden Wahlperiode parlamentarisch dadurch erreichen, dass wir neben dem bereits dargestellten kostenfreien Meisterbrief die vollständige Gebührenfreiheit in den Kitas genauso wie die Ausweitung der Lernmittelfreiheit auf digitale Lernmittel auf den Weg bringen wollen. Die Digitalisierung im Bildungsbereich bleibt eine riesige Herausforderung, die Corona-Pandemie hat die bestehenden Mängel überdeutlich gezeigt. Die amtierende Landesregierung stellt sich den bestehenden Problemen nicht. Das wollen wir ändern, indem wir unter anderem ein „Zentrum für Bildung in der Digitalen Welt“ (ZBDW) in Hessen aufbauen wollen. Dieses soll Schulträger und Schulen bei der Umsetzung der Digitalisierung unterstützen, die vor allem hinsichtlich der technischen Anforderungen überfordert sind. Flankierend dazu wollen wir als SPD-Landtagsfraktion dafür sorgen, dass perspektivisch je weiterführende Schule eine IT-Fachkraft etabliert wird.

Für eine kostenfreie Bildung von der Kita bis zum Master bzw. Meister sind die passenden Rahmenbedingungen eine Grundvoraussetzung. Die besten Absichten einer kostenfreien Bildung bringen aber nichts, wenn es nicht ausreichend Personal im Bildungsbereich gibt. Daher müssen eine kostenfreie Bildung und gute Arbeitsbedingungen an Kitas und Schulen zusammengedacht werden, denn der Fachkräftemangel macht auch vor den Bildungseinrichtungen nicht Halt. Um die Trendwende im Schulbereich zu schaffen, wollen wir uns als Landtagsfraktion bis 2030 weiter für einen be-

rufsbegleitenden qualifizierten Quereinstieg, eine Aufstockung der Studienplätze, ein NC-freies Lehramtsstudium, eine Regelstudienzeit von zehn Semestern, eine Ferienbezahlung von Lehrkräften im befristeten Angestelltenverhältnis, mehr Fachkräfte für die multiprofessionellen Teams und echte Schulsozialarbeit an den Schulen einsetzen.

Analog dazu muss auch in den Kitas dem akuten Mangel an Erzieherinnen und Erziehern gegengesteuert werden: Aktuell fehlen laut einer Studie der Bertelsmann-Stiftung in Hessen bereits rund 10.000 Erzieherinnen und Erzieher, bis 2030 könnten es bis zu 25.000 sein. Vor diesem Hintergrund werden wir uns auch in der kommenden Legislatur für eine Aufwertung dieses Berufes stark machen, indem wir uns konkret für die Abschaffung des Schulgelds, den Ausbau entsprechender Plätze an den Fachschulen für Sozialwesen und Sozialpädagogik, eine Anpassung der Ausbildungsdauer, den Ausbau von Studienplätzen an den (Fach-)Hochschulen, eine generelle Ausbildungsvergütung sowie die Freistellung der pädagogischen Leitungen einsetzen. Multiprofessionelle Teams und neue Modelle, wie beispielsweise ein Springermodell, können darüber hinaus eine sinnvolle Ergänzung bei der Personalausstattung an Kitas darstellen. Das Gute-Kita-Gesetz wie auch das Kita-Qualitätsgesetz haben hier auf Bundesebene bewusst neue Maßstäbe in den Personalvorgaben geschaffen, die wir begrüßen.

Zudem wollen wir als SPD-Fraktion zu Beginn der kommenden Legislaturperiode einen Runden Tisch mit allen relevanten Akteuren aus der Praxis einberufen, um kurzfristige Maßnahmen zur Abmilderung des Mangels an Kitaplätzen und Erzieherinnen und Erziehern auszuloten.



Vollständige Umsetzung des Rechtsanspruches Ganzttag

Zentral für die Gestaltung der Schullandschaft in Hessen ist der Rechtsanspruch auf eine Ganztagsbetreuung in der Grundschule ab 2026. Um den Rechtsanspruch erfüllen zu können, braucht Hessen bis zu 71.000 zusätzliche Ganztagsplätze für Grundschulkinder. Das wiederum löst einen Bedarf an bis zu 3.600 Vollzeitstellen an den Grundschulen aus. Das Problem, qualifizierte Lehrkräfte in dieser Zahl zu finden, ist unter der aktuellen Landesregierung ungelöst. Dem wollen wir als SPD-Fraktion bis 2030 gegensteuern, indem wir Standards für die Qualifikation der Lehrenden an Grundschulen festlegen, verbindliche Personalschlüssel für die Ganztagsgrundschulen auferlegen, Landeszuschüsse für Investitionen in den Schulbau ausweiten sowie die regionale Vernetzung von Schulen mit außerschu-

lischen Partnern (z.B. Familienbildungsstellen, Musikschulen, Sportverbände, kulturelle Bildungseinrichtungen, Kinder- und Jugendarbeit) verbessern.

Die aktuelle Landesregierung verweist stets darauf, dass 70 Prozent der hessischen Schulen an dem Ganztagsprogramm des Landes teilnehmen – das bedeutet aber nicht, dass auch 70 Prozent der Schulkinder einen Betreuungsplatz haben. Vielmehr nehmen derzeit nur etwas mehr als 22 Prozent der Grundschulkinder an der Ganztagsbetreuung teil. Aktuell wäre nicht einmal die Hälfte der 1.100 hessischen Grundschulen in der Lage, die vom kommenden Rechtsanspruch definierten Betreuungszeiten (7.00 bis 15.00 Uhr bzw. 7.30 bis 15.30 Uhr) abzudecken. Dabei sind nicht einmal diese begrenzten

Betreuungszeiten ausreichend, um eine Vollzeitberufstätigkeit zu ermöglichen, hierzu müsste die Betreuungszeit per Landesregelung auf 17.00 Uhr ausgeweitet werden – dies wollen wir im Sinne eines familienfreundlichen Bundeslandes Hessen in der kommenden Wahlperiode umsetzen. Dazu gehört auch ein kostenloses und qualitativ hochwertiges Mittagessen. Für uns als SPD-Fraktion ist klar: Eine umfassende Ganztagesbetreuung stärkt die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und entlastet damit massiv Familien. Sie muss sowohl im ländlichen Raum als auch in den Städten gewährleistet sein.





Eine Mobilitätsgarantie für alle Hessinnen und Hessen auf dem Land und in den Städten

Ein bedarfsgerechtes Mobilitätsangebot bedeutet für uns, dass den unterschiedlichen Voraussetzungen in städtischen Gebieten und im ländlichen Raum gleichermaßen Rechnung getragen werden muss und besonders der ländliche Raum im Rahmen eines umfassenden Mobilitätskonzepts nicht vernachlässigt werden darf. Deshalb wollen wir zum einen gemeinsam mit den Verkehrsverbünden erreichen, dass bei einem Mobilitätswunsch innerhalb der nächsten 60 Minuten ein öffentliches Angebot in das nächste Mittelzentrum sichergestellt wird. Alle Mittelzentren sollen zudem in einem 30-minütigen Hessen-Takt erreichbar sein. Zum anderen wird aber gerade in den ländlichen Gebieten der PKW auf absehbare Zeit weiter das primäre Fortbewegungsmittel bleiben, weshalb der motorisierte Individualverkehr hier ebenfalls weiter mitgedacht werden muss – das ist nicht zuletzt eine Frage gleichwertiger Lebensverhältnisse in ganz Hessen.

Darüber hinaus gilt es, im Gegensatz zur aktuellen Landesregierung, die Mobilitätswende gemeinsam mit den Verkehrsverbünden und lokalen Aufgaben-

trägern auf Augenhöhe zu gestalten sowie den ÖPNV auskömmlich zu finanzieren. Das Land muss dabei einen ehrlichen Beitrag an originären Landesmitteln leisten. Ferner wollen wir den Umweltverbund aus Wegen zu Fuß, per Rad und mit Bus und Bahn bis 2030 um 50 Prozent in Hessen steigern. Nach unserem Verständnis stellt das Deutschlandticket dazu einen zentralen Baustein eines vernetzten Mobilitätskonzeptes über Landesgrenzen hinweg dar. Kleinstaaterei-Angebote sind nicht förderlich, vielmehr braucht es eine Bezuschussung des Deutschlandtickets – dies stellt eine echte Stärkung des Tickets um eine soziale Komponente dar.

Unser genereller Anspruch im Bereich Mobilität als SPD-Landtagsfraktion ist es, dass jeder Mensch die Möglichkeit haben soll, Mobilitätsangebote in Anspruch zu nehmen. Das verkehrspolitische Dreieck aus Teilhabe, ökologischer Verantwortung und Bezahlbarkeit stellt die Basis unserer sozialdemokratischen Mobilitätspolitik dar und dafür werden wir uns mit den aufgezeigten Maßnahmen auch in der kommenden Legislaturperiode stark machen.

„Verkehr ist eine Katastrophe – trotz grünen Mitregierens keine erkennbare Verbesserung in Richtung grünes Leben“

ZITAT AUS DER ONLINE-BEFragung DER DIALOGREIHE

Auf die Frage: „Welche Dinge haben Sie in letzter Zeit gestört, was sollte in Hessen besser funktionieren?“



Ausweitung der öffentlichen Wohnraumförderung bei gleichzeitiger Eindämmung von Renditeorientierung und Immobilienspekulationen

Bezahlbarer Wohnraum stellt aus unserer Sicht die soziale Frage des 21. Jahrhunderts dar – und die gilt es, im Gegensatz zu CDU und Grünen, aktiv in den kommenden Jahren anzugehen. Entscheidend ist dazu aus unserer Sicht das Zusammenspiel zweier Faktoren:

Auf der einen Seite ist der Wohnungsbau von einer hohen Renditeorientierung, fehlenden Sozialbindungen und mangelhaften Mietobergrenzen geprägt. Aus diesem Grund werden wir auf Landesebene keine Möglichkeit auslassen, diesem massiven Marktversagen etwas entgegenzusetzen. So wollen wir uns beispielsweise für ein Wohnraumzweckentfremdungsverbot einsetzen und den Schutz für Mieterinnen und Mieter ausweiten. Vor diesem Hintergrund gilt es ebenso, den nicht-profitorientierten Wohnungsbau zu stärken.

Auf der anderen Seite muss die öffentliche Wohnraumförderung massiv ausgeweitet werden. Wir wollen bis 2030 die Zahl der öffentlich geförderten Wohnungen, deren Mieten auch für Geringverdiener und Mittelverdienerinnen bezahlbar sind, wieder deutlich erhöhen. Dafür stellt beispielsweise die Bundesregierung eine Förderung von 14,5 Milliarden Euro bis 2026 bereit, die aber nur dann Wirkung entfalten kann, wenn sich die Länder aktiv an der Verstärkung des sozialen Wohnungsbaus beteiligen. Die Förderprogramme des Landes müssen stets an die aktuelle Marktlage angepasst und dynamisiert werden, da sonst die Gelder nicht abgerufen werden können.

Für Menschen in besonderen Lebenslagen braucht es zudem landesweit soziale Wohnraumhilfen. Aktuell gibt es davon in Hessen nur zwei Projekte, diese wollen wir durch ein Landesförderprogramm ausweiten. Innovative Konzepte wie beispielsweise „Housing

First“ wollen wir dabei prüfen. Um Wohnungs- und Obdachlosigkeit zu verhindern, wollen wir zudem den Aufbau kommunaler Fachstellen zur Prävention von Wohnungsverlusten stärken.

Da der Wohnungsmangel auch vor Studierenden und Auszubildenden nicht Halt macht, wollen wir in der kommenden Legislatur den Bau von Studierenden- und Azubiwohnheimen fördern. Auch Werks- und Betriebswohnungen stellen einen weiteren Lösungsansatz dar, um zusätzlichen Wohnraum zu schaffen, Pendelverkehr zu reduzieren und Standortattraktivität zu steigern – denn Wohnen ist aus unserer Sicht auch ein Merkmal guter Arbeit. Wir als SPD-Fraktion wollen daher in Hessen die Landesförderprogramme um eine weitere Förderlinie zur Schaffung von „Mitarbeiterwohnraum“ erweitern.



THEMENBLOCK 3

**STAATLICHE KRISEN-
BEWÄLTIGUNG UND
WIDERSTANDSFÄHIGKEIT
VERBESSERN**



AUF EINEN BLICK

Wir als SPD-Landtagsfraktion planen, in der nächsten Legislaturperiode folgendes in den Bereichen Krisenbewältigung und Stärkung der Widerstandsfähigkeit umzusetzen:

- 1** Planungs- und Genehmigungsdauern für den Ausbau der erneuerbaren Energien durch mehr Personal sowie Bürokratieabbau verkürzen.
- 2** Ein echtes Klimaschutzgesetz, das den Namen auch verdient hat, im Parlament beschließen.
- 3** Für eine sozial gerechte und lokale Gesundheitsversorgung die Landesmittel für Krankenhausinvestitionen auf 100 Millionen Euro jährlich aufstocken und eine sektorenübergreifende Versorgung etablieren.



IM EINZELNEN

Die letzten Jahre waren von multiplen Krisen geprägt. Die Corona-Pandemie, die Klimakrise und die Folgen des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine haben das Sicherheitsempfinden der Bevölkerung nachhaltig beeinflusst. Diese Krisen haben auch die Schwerpunktsetzung und die Sensibilität in der politischen Landschaft verändert. Themen wie die Energiewende, der Schutz kritischer Infrastruktur oder Entlastungen für die Bürgerinnen und Bürger durch Heizkostenexplosionen und hohe Inflation wurden seither vielfach diskutiert. Wir als SPD-Fraktion sind der Überzeugung, dass die Landesregierung aktiver agieren und die Maßnahmen zur staatliche Krisenbewältigung nachhaltig stärken muss. Zudem braucht es einen neuen Ansatz zur Förderung der Widerstandsfähigkeit der hessischen Gesellschaft, Wirtschaft und öffentlichen Infrastruktur – ganz konkret über den Ausbau der erneuerbaren Energien, die Förderung der Klimaneutralität und die Sicherstellung der lokalen Gesundheitsversorgung.



Erneuerbare Energien

Der Ausbau der erneuerbaren Energien muss in Hessen endlich schneller vorstattengehen und sozial gestaltet werden. Er führt zu mehr Energiesicherheit, zur Preisdämpfung im Energiemarkt, zur Unabhängigkeit von Energieimporten, schafft und sichert Arbeitsplätze und dient dem Umwelt- und Klimaschutz. Diesbezüglich muss das Land Hessen die Planungs- und Genehmigungsverfahren an den Stellen, an denen es eine Handhabe hat, für eine schnellere Bearbeitung sorgen. Derzeit beträgt laut des Berichts des Bund-Länder-Kooperationsausschusses aus dem Berichtsjahr 2022 die durchschnittliche Genehmigungsdauer für Windkraftanlagen in Hessen 56 Monate. Hessen hat damit bundesweit die langsamsten Genehmigungsverfahren. Die hessische Landesregierung muss daher für mehr Personal in den Genehmigungsbehörden sorgen und den Genehmigungsprozess straffen und entbürokratisieren.

Ferner müssen ausreichend geeignete Flächen für den Ausbau Erneuerbarer Energien zur Verfügung gestellt werden. Die reale Nutzung von zwei Prozent der Landesfläche für die Windstromerzeugung, wie beim hessischen Energiegipfel im Jahre 2011 vereinbart, muss schnellstmöglich umgesetzt werden.

Damit die Energiewende gelingt, ist es wichtig, dass das Land Hessen eine echte Vorbildfunktion einnimmt, wie beispielsweise durch eine schnelle Umsetzung der Photovoltaik-Pflicht für öffentliche Gebäude. Das erhöht die Akzeptanz bei den Bürgerinnen und Bürgern sowie den Unternehmen. Es bedarf zudem einer verbesserten Kooperation von HessenForst mit örtlichen kommunalen Unternehmen bei der Umsetzung von Windkraftprojekten zur Erhöhung der regionalen Wertschöpfung. Schlussendlich entscheidend wird aber sein, ob es Hessen gelingt, die Kosten und Erträge der Energiewende fair zu verteilen. Anreize und Fördermittel müssen endlich für alle Bürgerinnen und Bürger geschaffen werden. Denn eines ist uns als SPD-Landtagsfraktion besonders wichtig: Die Energiewende muss sozial gerecht gestaltet werden.



Klimaneutralität

Hessen muss auf dem Weg zur Klimaneutralität schneller vorankommen und gleichzeitig müssen die Bürgerinnen und Bürger vor den Folgen des Klimawandels besser geschützt werden. Nachdem wir unseren Entwurf für ein Klimaschutzgesetz bereits vor geraumer Zeit im Hessischen Landtag vorgelegt haben, hat die Koalition aus CDU und Grünen (mit angemessenem zeitlichem Abstand) einen eigenen Gesetzentwurf beschlossen. Dieses ist aus unserer Sicht und aus Sicht vieler Umweltverbände ungeeignet, um die in der Gesetzesbegründung genannten Ziele zu erreichen. Wir fordern in unserem Klimaschutzgesetz eine Beteiligung des Hessischen Landtags als Gesetzgeber bei allen Fragen des Klimaschutzes und der Klimaanpassung (statt, wie im Gesetz der Landesregierung vorgesehen, eine Regelung über Regierungsverordnungen), eine klare Festlegung auf das 1,5-Grad-Ziel und die Einrichtung eines Transformationsfonds, aus dem Maßnahmen zur ökologischen Umgestaltung der hessischen Wirtschaft finanziert werden. Ebenso werden wir uns für eine institutionelle Beteiligungsstruktur von Kommunen, Unternehmen, Gewerkschaften und Umweltorganisationen durch das Klimaschutzgesetz stark machen.

Zudem müssen die Kommunen finanziell in die Lage versetzt werden, klimaneutral zu werden und Vorsorge gegen Klimafolgen zu betreiben. Dazu müssen dezentrale Strukturen gestärkt werden, denn der Weg zur Klimaneutralität kann nur gemeinsam gelingen.



Gesundheitsversorgung

Die Gesundheitsversorgung in Hessen steht am Scheideweg. Es müssen dringend die Weichen für ein sozial gerechtes Gesundheitssystem gestellt werden, das die lokale Gesundheitsversorgung sicherstellt. Die Gesundheitsversorgung hat sich in den letzten Jahren massiv verschlechtert, besonders in den Bereichen der ambulanten Pflege und der Versorgung im ländlichen Raum. Gerade hier steht die Gesundheitsbasisversorgung aufgrund des Fachkräftemangels vor besonderen Herausforderungen. Es braucht daher aus unserer Sicht neue Lösungen wie die Einrichtung medizinischer Versorgungszentren und den Ausbau ambulanter, auch präventiver, Strukturen. Generell wollen wir einen Paradigmenwechsel weg von der strikten Trennung zwischen ambulanter und stationärer Versorgung forcieren und uns für sektorenübergreifende Versorgungskonzepte stark machen.

Hessen vernachlässigt unter Führung von CDU und Grünen fast schon traditionell seine gesetzliche Aufgabe zur Finanzierung der Investitionen in den Krankenhäusern. Die Landesregierung verstößt dabei nach unserer Auffassung gegen die Verpflichtung im Rahmen des Sicherstellungsauftrages, die bedarfsgerechte Versorgung der Bevölkerung mit Krankenhausleistungen zu gewährleisten. Das Land Hessen muss seiner Verantwortung und dem gesetzlichen Auftrag zur Sicherstellung der Gesundheitsversorgung endlich gerecht werden. Wir wollen daher konkret die Aufstockung der originären Landesmittel für Krankenhausinvestitionen auf 100 Millionen Euro jährlich umsetzen.



Besonders wichtig ist uns als SPD-Landtagsfraktion im Gesundheitsbereich außerdem, dass die Attraktivität der Gesundheitsberufe im Sinne der Beschäftigten verbessert werden muss. Nur durch ihren unermüdlichen Einsatz kann ein gesundes Gesundheitssystem funktionieren. Dazu gehört insbesondere die Verbesserung der Personalmindeststandards und der Arbeitsbedingungen in der Pflege und an den Kliniken.

IMPRESSUM

Herausgeber:

SPD-Fraktion im Hessischen Landtag
V.i.S.d.P. Günter Rudolph
Hessischer Landtag
Schlossplatz 1-3
65189 Wiesbaden

Fotos:

freepik.com

Design & Satz:

ASK Agentur für Sales und
Kommunikation GmbH
Bülowsstraße 66
10783 Berlin

Druck:

SAXOPRINT Deutschland
Enderstraße 92C
01277 Dresden



spd Hessen



HessensPD



spd Hessen



spd-fraktion-hessen.de



SPD Fraktion
im Hessischen
Landtag